

Mehr Bus für den Berg gefordert

Rumisberg Hoher Besuch im Bergdorf: Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer erschien persönlich, um eine Petition für eine bessere Busverbindung in Empfang zu nehmen.

VON HANSPETER FLÜCKIGER

Ob es ein Bild mit Symbolkraft wird? Der Berner Bär auf dem Rücken, und selbst das Rüttelhorn, der Unterberg und das Hellköpfl sind umgefallen. Davor, verschmitzt strahlend, der «Täter» Kurt Bruderemann. Beileibe kein Revoluzzer, aber ein Mann der Tat, und einer der sagt, wenn ihm etwas nicht passt. Das mit den verkehrt an der Turnhallenwand hängenden Berner- und Rumisberger Gemeindefahnen ist ihm einfach passiert. Ein Lapsus, der wohl nicht geschehen wäre, wenn sich die «lokale Obrigkeit» – wie Bruderemann sie nennt – sich nicht hätte entschuldigen lassen.



Kurt Bruderemann mit Regierungsrätin Barbara Egger (r.) und Nationalrätin Margret Kiener Nellen. FLÜCKIGER

Immerhin kam am Samstagmittag mit Barbara Egger-Jenzer (SP) eine Regierungsrätin nach Rumisberg. Denn Bruderemann hatte Post für sie: Eine Petition mit 214, eigen-

händig in den Berggemeinden Farnern, Rumisberg und Wolfisberg gesammelten Unterschriften. Bei jedem vierten Einwohner war er auf offene Ohren gestossen.

öV-Franken für die Dörfer Bruderemanns Anliegen: Eine bessere Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr. Ein Bus, der zwischen halb sechs Uhr morgens und acht

Uhr abends stündlich von Wiedlisbach über Ober- und Niederbipp nach Wolfisberg, Rumisberg und Farnern fährt. Und statt über das fehlende Geld zu klagen, stellt Bruderemann gleich ein «Finanzierungskonzept» vor: Die Grossverteiler sollen pro Filiale und Tag einen öV-Franken abliefern – zur Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in den ländlichen Gebieten. «Schliesslich», so Bruderemann, «haben wir es diesen zu verdanken, dass wir in den Dörfern keine Lädeli mehr haben.»

Für so viel Engagement und Enthusiasmus geizte Egger nicht mit Lob. Bruderemanns Petition wird nun auf den Weg durch die Instanzen geschickt. Hoffnungen für eine verkehrspolitische Revolution machte die Regierungsrätin in Rumisberg zwar keine, nutzte die Gelegenheit aber für ein Plädoyer für Gemeindefusionen. Laut Egger deren Vorteil: In einer grösseren Gemeinde liessen sich solche Vorhaben besser realisieren als in einer Reihe kleineren.